

Pankow. **Aber normal.**

Kommunalwahlprogramm
für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung
2021



Berlin
Pankow

2 Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Stadtentwicklung	5-8
2.1 Grundsätzliches zur Situation in Pankow	
2.2 Soziale Erhaltungsgebiete	
2.3 Innenstadtverdichtung	
2.4 Vorkaufsrecht	
2.5 Mietendeckel	
3. Verkehr	9-12
3.1 Grundsätzliches zur Verkehrspolitik	
3.2 Ausgangslage	
3.3 Unsere Vorschläge	
3.4 Blick in die Zukunft	
4. Wirtschaft, Haushalt und Finanzen	13-14
4.1 Wirtschaft	
4.2 Haushalt und Finanzen	
5. Familie, Jugend und Senioren	15-18
5.1 Familien im Mittelpunkt	
5.2 Warten auf das Elterngeld und Termine beim Standesamt	
5.3 Integrierte Jugendarbeit	
5.4 Kindeswohlgefährdungen – Jugendamtsmitarbeiter fehlen	
5.5 Spielplätze	
5.6 Senioren	

6. Bildung und Kultur **19-23**

- 6.1 Fokus auf die Schulinfrastruktur – Schulkollaps abwenden
- 6.2 Kleinere Klassen und wohnortnahe Versorgung
- 6.3 Fördern durch Differenzierung
- 6.4 Unterrichtsgarantiegesetz – Fachunterricht statt Mandalas malen!
- 6.5 Schulkultur und Bildungsbereitschaft
- 6.6 Bezirkliche Kulturarbeit stärken

7. Gesundheit und Sport **24-25**

- 7.1 Öffentlicher Gesundheitsdienst
- 7.2 Sport und Bewegung für Jung und Alt

8. Umwelt und Naturschutz **26-28**

- 8.1 Umweltschutz und Grünflächen
- 8.2 Sperrmüll
- 8.3 Windkraftanlagen
- 8.4 Klimanotstand in Pankow
- 8.5 Kleingärten

9. Verwaltung und öffentliche Ordnung **29-31**

- 9.1 Sicherheit und Ordnung
- 9.2 Parkraumbewirtschaftung
- 9.3 Entschieden gegen illegales Sprayen
- 9.4 „Gender Mainstreaming“ in der Pankower Politik und Verwaltung
- 9.5 Personalentwicklung

4 Einleitung

Liebe Pankower Bürgerinnen und Bürger, acht Jahre nach ihrer Gründung tritt die Alternative für Deutschland zum zweiten Mal in Berlin-Pankow zur Wahl an, um die Politik in unserem Bezirk aktiv mitzugestalten. Die AfD Pankow ist bereit, auf allen Ebenen politische Verantwortung zu übernehmen, aus drängender Sorge um unser Deutschland, um unsere Zukunft. Mut zur Wahrheit ist unser Anspruch. Geben Sie uns mit Ihrer Stimme die Möglichkeit, konservative Politik auch in der nächsten Legislaturperiode mit einer starken Fraktion in der Pankower Bezirksverordnetenversammlung fortzusetzen.

Als einzige Partei stellt sich die AfD Pankow der Einheitsmeinung der Altparteien entgegen und zeigt immer wieder Missstände auf. Wir sind die kritische und vernünftige Stimme, wir sind Ihre Stimme gegen den aggressiven linksgrünen Transformationsprozess, der uns Bürgern aufgezwungen werden soll. Sie können dafür sorgen, dass diese gehört wird. Die AfD Pankow steht für eine Politik des gesunden Menschenverstandes, orientiert an den Bedürfnissen der Bürger statt an versponnenen ideologischen Zielsetzungen.

Wir betreiben wirkliche Sachpolitik im Interesse der Pankower, wir stärken Bürgernähe und gestalten effektiv. Die AfD Pankow ist solidarisch mit Menschen, die unsere Hilfe benötigen. Natur-, Umwelt- und Heimatschutz sind wichtige Themen für uns, genauso wie es Sicherheit, Ordnung und Stabilität sind. Pankow ist einer der am stärksten wachsenden und sich am schnellsten verändernden Bezirke Berlins.

In den nächsten Jahren werden weitreichende Entscheidungen getroffen und umgesetzt. Entscheidungen, die die Entwicklung Pankows auf Jahrzehnte hinaus prägen. Die AfD Pankow will und muss zum Wohle unseres Bezirks mitwirken. Die Leitlinien unseres politischen Handelns im Bezirk Pankow für die nächsten fünf Jahre stellen wir mit dem vorliegenden Programm vor.

2. Stadtentwicklung

2.1 Grundsätzliches zur Situation in Pankow

Hauptursächlich für die desaströse Wohnraumsituation in Berlin ist neben der aktuellen Einwanderungspolitik die katastrophale rot-rot-grüne Wohnungsbaupolitik der Vergangenheit, welche ihren Tiefpunkt im Verkauf von 10.000 landeseigenen Wohnungen an Privatinvestoren hatte.

Das Kernstück der Pankower Stadtentwicklungspolitik bilden die vom Senat festgelegten Wohnbaupotentialgebiete. Hier sollen nach dem Willen des Senats hochverdichtete und zudem autoarme Siedlungen geplant werden. Die bisher vorgestellten Entwürfe zeichnen sich durch eine extrem dichte Bebauung mit einer Einwohnerdichte von < 12.000 EW/km² aus.

Bürgerbeteiligungsprozesse, welche zum Beschluss der Rahmenplanung führen sollten, erwiesen sich als Alibi-Veranstaltungen. Die festgelegte Anzahl an geplanten Wohnungen erwies sich trotz Bürgerbedenken als unverhandelbar. Ferner ist eine Mischung aus privatem, genossenschaftlichem und sozialem Wohnungsbau nicht vorgesehen. Reine Sozialbausiedlungen, welche als Konsequenz der völlig verfehlten Migrationspolitik im Stil der 70er-Jahre errichtet werden sollen, sind mit der AfD nicht zu machen.

Die AfD fordert für die nachfolgenden Bauprojekte

eine Anpassung der Planungen an die organische Siedlungsstruktur und eine Absenkung der GFZ auf 0,8 (max. 4 Geschosse) für die entsprechenden Planungsgebiete.

6 Stadtentwicklung

In Karow Süd:

Hier ist eine ortsübliche Bebauung mit max. 3 Vollgeschossen zzgl. Staffelgeschoss anzustreben. Das heißt maximal 1.200 Wohneinheiten auf den drei Baufeldern: Am Teichberg, Straße 52 und Karow Süd zzgl. einem Kfz-Stellplatzschlüssel von 0,5. Voraussetzung hierfür ist eine abgeschlossene Verkehrserschließung für alle Verkehrsteilnehmer.

Im Blankenburger Süden:

Stopp der Bauplanung von überdimensionierten und seelenlosen Trabantenstädten, die uns die sozialen Probleme französischer „Banlieues“ bringen werden. Die derzeitige Planung von 6.000 Wohnungen ist unter städtebaulichen Gesichtspunkten abzulehnen. Im Kernbereich würden bis zu 14.000 Einwohner auf einer Fläche von nur 90 Hektar leben, was einer Bevölkerungsdichte von über 15.000 Einwohnern pro Quadratkilometer entspräche.

Einer Bevölkerungsdichte, die höher ist, als jene in den Berliner Großsiedlungen Märkisches Viertel oder Gropiusstadt. Die Entstehung eines sozialen Brennpunktes wäre vorprogrammiert. Eine Bebauung als Gartenstadt des 21. Jahrhunderts mit max. 2.500 Wohneinheiten inklusive der dazugehörigen Infrastruktur ist hier anzustreben.

Beim Pankower Tor:

Exemplarisch für das Totalversagen der Pankower Zählgemeinschaft aus Rot-Rot-Grün steht das Pankower Tor. In altbewährter Planwirtschaftsmanier wird seit nunmehr über 10 Jahren eine städtebauliche Entwicklung dieses Geländes erfolgreich verhindert. Selbst der Flächennutzungsplan, ohne dessen Änderung eine sinnvolle vorbereitende Bauleitplanung nicht möglich ist, weist diese Fläche noch immer als Bahngelände aus. Ohne ein seit einem Jahrzehnt angekündigtem Gesamtverkehrskonzept für den Berliner Nordosten wird sich daran auch nichts ändern.

In der Ludwig-Quidde-Straße:

Dieses Baufeld ist infrastrukturell und baulich für mehrgeschossigen Wohnungsbau völlig ungeeignet. Eine überwiegende Bebauung mit Einzel- und Doppelhäusern mit ein bis zwei Geschossen wäre hier angebracht (Wohnbaufläche W 4).

2.2. Innenstadtverdichtung

Die AfD Pankow ist für eine sinnvolle Nachverdichtung mit Wohnungsbaumaßnahmen. Projekte mit übertriebener baulicher Auslastung (wie z. B. Gounodstraße und Michelangelostraße) und solche, die übermäßig zu Lasten von Grünflächen und Anwohnerparkplätzen gehen, lehnen wir in dieser Form aber ab.

2.3. Vorkaufsrecht

Die AfD lehnt die Einrichtung sogenannter Milieuschutzgebiete ab. Diese Art der Regulierung trägt nicht dazu bei, die Probleme auf dem Wohnungsmarkt zu beseitigen. Solange Milieuschutzgebiete ausgewiesen werden, sollte die Ausübung des bezirklichen Vorkaufsrechts so sparsam wie möglich eingesetzt werden. Es darf nicht dazu missbraucht werden, um zu überhöhten Preisen Wohnhäuser zugunsten kommunaler Gesellschaften oder privater Genossenschaften anzukaufen. Die damit verbundene Verschwendung öffentlicher Gelder erreichte im Jahr 2021 einen vorläufigen Höhepunkt mit dem überteuerten Erwerb dreier Grundstücke, in der Florastraße, in der Schönhauser Allee und in der Choriner Straße.

Grundsätzlich muss gelten: Die Ausübung des Vorkaufsrechtes in solchen Fällen muss die absolute Ausnahme sein. Das Geld, das für die Ausübung der Vorkaufsrechte aufgewendet wird, wäre im Wohnungsneubau besser angelegt. Denn der Erwerb bereits bestehenden Wohnraums schafft keinen einzigen Quadratmeter neuen Wohnraum.

2.4 Mietendeckel

Für den sogenannten Mietendeckel gilt, was analog für die Mietpreisbremse gilt. Unter dem weiteren Aspekt, dass es sich um eine Absenkung der aktuellen Mieten handelt. Diese Mietenabsenkung ist nicht nur ein verfassungswidriger Eingriff in das Eigentum, sie wird auch Wirkung auf den Bau neuer Wohnungen entfalten. Dies beweisen alle bisherigen Modelle von Mietendeckeln historisch als auch aktuell. Der Bestand verfällt, das Angebot an Mietwohnraum sinkt, es entstehen Schwarzmärkte und Wartezeiten bis zu Jahrzehnten.

Als Beispiel mag uns Stockholm dienen, wo derzeit 673.000 Bürger - bei 2,1 Millionen Einwohnern - bis zu elf Jahre auf eine Wohnung warten. In begehrten Innenstadtlagen sind auch 30 Jahre keine Ausnahme. Der Mietwohnungsbestand ist auf dreißig Prozent des Gesamtwohnbestandes zurückgegangen.

Ablösesummen bis zu fünfzigtausend Euro müssen auf dem Schwarzmarkt, für die Übernahme bestehender Mietverträge gezahlt werden. Ähnliche Wartezeiten ergeben sich beim viel zitierten Vorbild Wien. Wir lehnen den Mietendeckel daher grundsätzlich ab.

3 Verkehr

3.1 Grundsätzliches zur Verkehrspolitik

Pankows Straßen zukunftsfähig machen – für ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer. Was bedeutet das?

Die AfD Berlin - Pankow stellt sich entschieden gegen Umerziehungsmaßnahmen von Verkehrsteilnehmern, wie sie vom jetzigen rot-rot-grünen Senat angestrebt werden.

Klientelpolitik, der Rückbau von Hauptverkehrsstraßen zugunsten von Radwegen, das gezielte Ausbremsen und das Stauen des Autoverkehrs müssen beendet werden. Tendenzen zu einer immer weiteren Verlangsamung des Straßenverkehrs in unserem Bezirk und der Stadt lehnen wir strikt ab.

Wir wünschen uns die Schaffung eines funktionierenden, zuverlässigen, schnellen und fortschrittlichen Verkehrssystems, das die Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer unterstützt.

Vor dem Hintergrund des weiteren Ansteigens der Anzahl der Verkehrsteilnehmer in Pankow muss der hinderungsarme, gut gesteuerte Verkehrsfluss die oberste Priorität der Berliner Verkehrspolitik sein.

Der Betrieb der S-Bahn muss vollständig in öffentlicher Hand bleiben. Eine Zerschlagung und Teilprivatisierung lehnt die AfD Pankow ab, denn dies würde die Funktionsfähigkeit der S-Bahn einschränken.

3.2. Ausgangslage

Die Pankower Verkehrsinfrastruktur, ob sie in der Verantwortung der Straßenbaulast des Bezirkes, des Landes oder des Bundes liegt, ist seit Jahren alles andere als modern oder leistungsfähig.

Die Mehrzahl der Straßenbrücken befindet sich in einem desolaten Zustand. Sie dürfen zum Teil nur noch eingeschränkt von LKW befahren werden oder unterliegen strikten Tempobeschränkungen.

Einige Brückenbauwerke sind schon seit Jahrzehnten in diesem Zustand. Ähnlich verhält es sich auch mit dem Straßen- und Radwegenetz. Berlin, und damit unmittelbar auch Pankow, hat sich seit Jahren kaputtgespart. Niemand hat einen wirklichen Überblick über die Gesamtsituation. Nach einer Schätzung der Senatsverwaltung würde allein die Straßensanierung Berlins rund 1,3 Milliarden Euro kosten!

Die Schwachstellen auf diesem Gebiet wirken sich insbesondere in unserem Bezirk aus: Die Pankower leiden unter chronischen Staus auf den Haupt-, Ein- und Ausfallstraßen in die Innenstadt. In den Hauptverkehrszeiten kommt der Verkehr regelmäßig zum Erliegen. Ein stetiger Verkehrsfluss existiert in der Regel nicht, die gesamte Verkehrsleittechnik erscheint auch beabsichtigt unkoordiniert.

Durch den zunehmenden Missbrauch von Bürgersteigen als zusätzliche Verkaufs- oder Lagerflächen von Imbissbetreibern und Händlern jeglicher Art sowie als Ersatz-Fahrradwege werden Fußgänger fortlaufend bedrängt und behindert. Dies stellt insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen und für Kinder große Probleme und Sicherheitsrisiken dar.

3.3 Unsere Vorschläge

Zur Bewältigung der dringendsten Verkehrsprobleme fordert die AfD Berlin-Pankow kurzfristig die Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

1. Eine tageszeitaktuelle, flexible Anpassung der Verkehrssteuerung und -leitung an das Verkehrsaufkommen (Einsatz intelligenter Verkehrsleittechnik), Stichwort „grüne Welle“!

2. Hauptverkehrsstraßen bleiben Hauptstraßen mit Tempo 50 ohne bewusst herbeigeführte Einschränkungen etwa durch Parklets oder Einspurigkeit! Das gilt insbesondere für die Schönhauser Allee.
3. Die Einrichtung eines Straßenzustandskatasters nach Hamburger Vorbild, analog dazu die Einrichtung eines Radwege- und Gehwegezustandskatasters nach demselben Modell. Das führt zu einer Beschleunigung der Ausbesserungsarbeiten.
4. Eine Vereinfachung der Planungsabläufe und die Einführung einer stichtagsbezogenen abschließenden Einwendungsfrist und somit eine zügigere Umsetzung von Verkehrsinfrastrukturbaumaßnahmen.
5. Zügiges Vorantreiben der Straßen- und Brückenbaumaßnahmen, auch durch Bau im Mehrschichtbetrieb. Nichteingehaltene Fristen müssen so geahndet werden, wie es in der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), beschrieben ist.
6. Eine effektive Koordinierung der Straßen- und Tiefbaumaßnahmen in Pankow.

3.4 Blick in die Zukunft

Darüber hinaus setzt sich die AfD Pankow dafür ein, dass mittelfristig folgende verkehrspolitische Vorhaben realisiert werden:

1. Schaffung einer leistungsfähigen Ost-West-Verbindung zwischen Reinickendorf und Hohenschönhausen.
2. Eine dem realen Verkehrsaufkommen angepasste Straßenausbauplanung im Nordosten Pankows insbesondere mit Blick auf die geplanten Neubaugebiete in Blankenburg, Karow und Buch als Voraussetzung der verkehrstechnischen Erschließung, anderenfalls eine Anpassung der Neubauplanung an die vorhandene Infrastruktur.

Dazu gehören:

- Verkehrslösung Heinersdorf,
- Autobahnanschluss der A 10 in Karow,
- Anbindung des Turmbahnhofs „Karower Kreuz“ an das Straßenland unter besonderer Berücksichtigung des ÖPNV, des Rad- und Fußverkehrs sowie der Schaffung einer Verbindung mit dem S-Bahnhof Wartenberg (S 75).
- Der Turmbahnhof wird selbst vom Senat und der Deutschen Bahn gefordert.
- Führung der Straßenbahntrasse der M 2 bis Karow

3. Die Entlastung des Parkdrucks durch die Schaffung neuer Parkplätze (anstelle von deren Vernichtung), durch den Bau von Tiefgaragen und Parkhäusern. Der so zusätzlich gewonnene Verkehrsraum wird zu einer Verbesserung des Verkehrsflusses beitragen.

4. Verdichtungsmaßnahmen im Wohnungsneubau, z. B. in der Michelangelostraße, sind unter Berücksichtigung der Parkplatzsituation zu realisieren. Eine verbindliche Stellplatzquote bei Neubaugebieten von 0,5 ist anzustreben.

5. Die Bedarfsplanung von Parkplätzen und Parkhäusern an der Peripherie, mit dem Ziel der langfristigen Verkehrsentslastung der Innenstadt. Parkplätze müssen, wo immer dies möglich ist, erhalten werden. Alle geplanten Verdichtungsmaßnahmen im Wohnungsneubau wie beispielsweise in der Kavallerstraße am Schlosspark sind unter Berücksichtigung der Parkplatzsituation zu realisieren.

6. Kreuzungsfreier Ausbau des „Pankeradwegs“ bis in die Innenstadt und Ausbau von geeigneten Nebenstraßen zu Fahrradstraßen.

7. Einbettung unserer Vorschläge in ein großräumiges Verkehrskonzept für den gesamten Nordosten Berlins.

8. Wir lehnen die im novellierten Mobilitätsgesetz angestrebte „autofreie Stadt“ ab. Mobile Freiheit ist ein Bürgerrecht.

4. Wirtschaft, Haushalt und Finanzen

4.1 Wirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft als Garant von Wohlstand und sozialem Frieden ist feste Grundlage der AfD-Wirtschaftsprogrammatik auf Bundes-, Landes- und auch auf Bezirksebene. Die ideologiegetriebene und wirtschaftsfeindliche Politik von Rot-Rot-Grün, in Berlin und in vielen seiner Bezirke lehnen wir strikt ab.

Unternehmen und Betriebe dürfen nicht durch Klientelpolitik und völlig überflüssige Gesetze und Hindernisse gegängelt werden. Daher setzt sich die AfD Pankow auf allen Ebenen dafür ein, überflüssige Gesetze wie das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz sowie das 2021 beschlossene Solargesetz Berlin rückabzuwickeln. Vorrangiges Ziel unserer Politik ist es, die Wirtschaft in unserer Stadt und in unserem Bezirk von unnötigen Reglementierungen zu befreien. Ziel regionaler Wirtschaftspolitik muss die Stärkung der hier ansässigen Unternehmen sein. Daher sollten auch freihändige Vergaben der öffentlichen Hand – soweit rechtlich möglich – an im Bezirk ansässige und hier tätige Unternehmen erfolgen.

Gewerbe und Infrastruktur sind gleichermaßen Voraussetzung wie Maßstab für den Wohlstand einer Region. Dies gilt natürlich auch für Pankow: Die AfD Pankow befürwortet deshalb zusätzliche Investitionen in eine solide Infrastruktur und vermehrte Anstrengungen zur gezielten Ansiedlung von Gewerbe – inkl. Industrie – in Pankow. Denn beides schafft zusätzliche Arbeitsplätze.

14 **Wirtschaft, Haushalt, Finanzen**

Im Interesse der Menschen und um die Lebensqualität der Bürger im Bezirk Pankow zu erhöhen, spricht sich die AfD Pankow in diesem Zusammenhang für eine ausgewogene Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen aus. Dieser Anspruch gilt nicht nur für den südlichen Teil des Bezirks, in den bisher die meisten Investitionen flossen, sondern vor allem für die bisher vernachlässigten nördlichen Ortsteile Buch, Karow, Blankenburg und Heinersdorf.

Die AfD Pankow begrüßt deshalb neue Gewerbeansiedlungen auf dem ehemaligen Rangierbahnhof Pankow, sowie dem Gelände des „Pankower Tors“. Der derzeitige und zukünftige Einwohnerzuwachs im Bezirk schafft für diese Ansiedlungen zusätzliche Kaufkraft und beschädigt nicht das Zentrum in der Breiten Straße.

Auch werden seriöse Pläne und Ansätze zur schnellstmöglichen Realisierung des geplanten Gewerbestandortes im Buchholzer Norden unsere Unterstützung finden.

4.2 Haushalt und Finanzen

Grundsätzlich fordert die AfD solides Wirtschaften und die Aufstellung ausgeglichener Haushalte. Doppelhaushalte sind immer entsprechend der Legislaturperioden aufzustellen bzw. haben diese nicht zu überschreiten. Jede Ausgabenposition ist in Bezug auf Notwendigkeit und insbesondere Effizienz des angestrebten Zwecks zu prüfen. Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge sind zu verstärken und zielorientiert einzusetzen. Steuergeld ist sparsam einzusetzen, insbesondere dürfen keine Steuergelder für politischen Extremismus – egal, welcher Richtung – ausgegeben werden. Organisationen und Vereinen, die mit gewalttätigen Extremisten (z. B. der sogenannten „Antifa“) zusammenarbeiten, müssen die staatlichen Förderungen gestrichen werden.

5. Familie, Jugend und Senioren

5.1 Familien im Mittelpunkt

Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) bietet auf freiwilliger Basis Hausbesuche für Erstgebärende und Familien in schwieriger Lage an.

Um die Akzeptanz der Erstberatungshausbesuche nach der Geburt und die Willkommenskultur für Kinder zu stärken, fordert die AfD Pankow die Hausbesuche nach der Geburt mit einem für junge Familien nützlichen Präsentpaket zu verbinden.

Die AfD Pankow setzt sich für eine angemessene Infrastruktur für Familien ein. Familienzentren benötigen Qualitätsstandards, um zwischen den Bezirken eine vergleichbare Angebotsstruktur zu gewährleisten. Ziel sollte es sein, Angebote der Familienförderung weitestmöglich „unter einem Dach“ zu vereinen.

5.2 Warten auf das Elterngeld und Termine beim Standesamt

Berliner Eltern müssen nach wie vor teils monatelang auf das ihnen zustehende Elterngeld warten. Die AfD Pankow fordert, den Gang zu den Ämtern familienfreundlich zu gestalten. Dazu gehört an erster Stelle eine ausreichende Personaldecke, damit Anträge für zustehende Leistungen auch bearbeitet werden können. Wer heiraten will, braucht einen Termin beim Standesamt. In Berlin einen Termin beim Standesamt zu bekommen, ist aber eine große Herausforderung. Die personelle Situation in den Standesämtern ist angespannt, der Nachwuchs an jungen Beamten fehlt, Stellen sind unbesetzt geblieben. Die AfD Pankow setzt sich dafür ein, dass die in den Standesämtern anfallende Arbeit in angemessener Zeit bewältigt wird und keine Wartezeiten entstehen.

5.3 Integrierte Jugendarbeit

Jugend ist eine Übergangsphase zwischen Kindheit und sozialer Reife. Ziel von Jugendpolitik muss es sein, Jugendliche im Gemeinwesen aufgehen zu lassen, ohne sie als Individuen untergehen zu lassen. Die AfD Pankow vertritt das Konzept einer integrierten Jugendarbeit, um einer Fremdheit zwischen den Generationen vorzubeugen. Die Angebote der Vereine und der Kirchen in den Bereichen Sport, Musik, Kultur etc. sollten gegenüber staatlichen Angeboten Vorrang genießen. Gegenüber Jugendhäusern, die Jugendliche in einer Eigenwelt zurückhalten, setzt die AfD auf Mehrgenerationenhäuser als soziale Treffpunkte.

5.4 Kindeswohlgefährdungen – Jugendamtsmitarbeiter fehlen

In den Jugendämtern herrscht drastischer Personalmangel. Überlastete Jugendämter zeigen eine Neigung, Kindeswohlgefährdungen zu übersehen oder ohne hinreichend gründliche Prüfung eine Fremdunterbringung zu empfehlen. Die AfD Pankow setzt sich für eine deutliche Fallzahlbegrenzung pro Mitarbeiter in den Jugendämtern ein.

5.5 Spielplätze

Bei den über 200 Spielplätzen im Bezirk herrscht ein Sanierungsstau. Spielplätze sind gesperrt oder verunreinigt, Spielgeräte häufig beschädigt und nicht nutzbar. Eine verantwortungsbewusste Politik muss dafür Sorge tragen, dass die Mittel dafür bereitgestellt werden.

5.6 Senioren

Unsere Senioren haben ihr Leben lang hart gearbeitet, sei es im Beruf oder im häuslichen Bereich als Mutter. Auch im Rentenalter unterstützen sie weiterhin ihre Kinder, kümmern sich um die Enkelkinder oder engagieren sich im Ehrenamt. Senioren verdienen unseren besonderen Respekt.

Aufgrund von Altersarmut, Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder sozialer Isolation besteht jedoch bei vielen älteren Menschen die Gefahr der Vereinsamung. Daher unterstützt die AfD Pankow Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Integration von Senioren, dies insbesondere vor dem Hintergrund ihrer geleisteten Lebensarbeitszeit und der Generationengerechtigkeit.

Die AfD Pankow will, dass unsere älteren Mitbürger gehört und ihre speziellen Bedürfnisse ernst genommen werden, denn sie sind ein großer Teil unserer Gemeinschaft. Insbesondere durch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität, der Gesundheitsversorgung, der Pflege und des altersgerechten Wohnens kann die soziale Teilhabe unterstützt und die Lebensqualität erhöht werden. Zudem fordern wir, die Anzahl der altersgerechten Wohnungen bedarfsorientiert zu vergrößern und die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege zu fördern.

Wir würden die Zusammenarbeit des Bezirksamts Pankow mit Projekten begrüßen, die unseren älteren Menschen Zugang zur digitalen Welt ermöglichen.

Zu viele Pankower Gegenden, wie z. B. Buch, der Mühlenkiez oder auch Rosenthal sind mit Angeboten wie Seniorenfreizeiteinrichtungen nicht ausreichend ausgestattet. Dies will die AfD Pankow ändern.

6. Bildung und Kultur

6.1. Fokus auf die Schulinfrastruktur - Schulkollaps abwenden

Aufgrund des Bevölkerungszuwachses steigen auch die Schülerzahlen im Bezirk Pankow stark. Bis zum Jahr 2030 braucht der Bezirk Pankow nach zurückhaltender Berechnung mehr als 12.000 neue Schulplätze. Die Kosten für den Schulbau explodieren bereits jetzt. Die bereitgestellten Mittel werden nur schleppend abgerufen, in den Ämtern kommt es zu Verzögerungen bei der Planung. Bereits jetzt ist absehbar, dass sich etliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen nicht im geplanten Zeitrahmen umsetzen lassen. Der Bezirk Pankow muss den Schulbau ausweiten und beschleunigen, um den Schulkollaps in Pankow noch abzuwenden.

Bei den Schulbauten in modularer Bauweise zeigen sich bereits jetzt bauliche Mängel, in die neu errichteten Gebäude regnet es hinein. Eine schülergerecht ausgebaute Schule sollte nicht nur über Klassenräume verfügen, sondern muss auch Fachräume, Besprechungsräume und eigene Hortbetreuungsräume aufweisen. An diesen Ausstattungen erkennen wir die Wertschätzung, die Bildung zuteilwird. Schulhöfe müssen modern gestaltet werden: mehr Schulgärten, weniger Versiegelung. Auch die IT-Infrastruktur an den Schulen muss endlich auf den Weg gebracht werden. Schulen verteilen kostenlose iPads, verfügen aber weiterhin nicht über WLAN. Die Digitalisierung an Schulen braucht ein Konzept.

6.2 Kleinere Klassen und wohnortnahe Versorgung

Die AfD Pankow setzt sich dafür ein, im Schulgesetz maximale Klassengrößen verbindlich festzusetzen. In Pankow gibt es bereits jetzt einen Mangel an 3.500 bis 4.000 Schulplätzen, der durch Überbelegung der Klassen oder durch Schulbesuch in anderen Bezirken kompensiert wird.

In Pankow sind bei der Schulwahl starke überbezirkliche Wanderungen zu beobachten. In den letzten Schuljahren wurden regelmäßig deutlich mehr als 2.000 Schüler aus Pankow im Oberschulbereich in anderen Bezirken beschult. Immer häufiger müssen Pankower Schüler gezwungenermaßen weite Schulwege auf sich nehmen. Die AfD Pankow fordert daher, auch für Oberschüler eine wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten. Das Losverfahren bei der Anmeldung für weiterführende Schulen muss abgeschafft und durch eine Auswahl nach Leistungskriterien ersetzt werden.

6.3. Fördern durch Differenzierung

Die AfD Pankow setzt sich für ein differenziertes Schulsystem ein, das jedem Kind das Maß an Bildung ermöglicht, das es zur bestmöglichen Entfaltung seiner Fähigkeiten braucht. Wir wenden uns gegen eine künstliche Verknappung der Plätze am grundständigen Gymnasium. Für den Besuch des Gymnasiums ab der 5. Klasse muss echte Wahlfreiheit bestehen. Auch beim Schulneubau müssen die Gymnasien stärker berücksichtigt werden. Unterricht sollte in leistungshomogenen Gruppen erfolgen. Inklusion muss mit Augenmaß erfolgen und setzt eine angemessene Personalausstattung voraus, um Lehrer nicht zu überfordern.

6.4. Unterrichtsgarantiegesetz –

Fachunterricht statt Mandalas malen!

Der Senat beschönigt die Zahlen zum Unterrichtsausfall. In Berlin werden in jedem Schuljahr 2.000.000 Unterrichtsstunden nicht planmäßig erteilt. Das sind 10 % des gesamten Unterrichts bzw. jedes Schuljahr ein ganzer Monat und auf 10 Jahre Schulbesuch gerechnet, ein ganzes Schuljahr.

Die AfD Pankow setzt sich für ein Unterrichtsgarantiegesetz ein, das Gewährleistung der Unterrichtserteilung durch Fachlehrer sichert. Um dem Ziel einer „Unterrichtsgarantie“ näherzukommen, ist eine Personalausstattung von deutlich über 100 % notwendig.

Vormals lag das Ziel der Lehrerausstattung in Berlin bei 107 %. Gegenwärtig werden oftmals nicht einmal 100% erreicht.

6.5. Schulkultur und Bildungsbereitschaft

Die AfD Pankow steht für eine sachliche Bildungspolitik und wendet sich gegen beständige Experimente. Eine Schule ist kein sozialpolitischer Reparaturbetrieb, Schule soll dem Lernen und der Bildung dienen.

Ein erfolgreicher Bildungsweg setzt ein angenehmes Schulklima des gegenseitigen Respekts voraus.

Die AfD Pankow fordert, schuleigene Konzepte gegen Mobbing umzusetzen – beispielsweise nach dem Olweus-Mobbing-Präventions-Programm. Auch Disziplin, die an der Friedrich-Bergius-Schule erfolgreich vermittelt wird, ist ein wichtiger Bestandteil von Schulkultur und Lernkultur.

Das Konzept des „Offenen Unterrichts“, bei dem Schüler selbst organisiert lernen sollen, überfordert junge Schüler und schadet insbesondere Kindern aus bildungsfernen Familien. Die AfD Pankow setzt auf das lehrerzentrierte Unterrichtsgespräch. Die Gemeinschaftsschulen, in denen das offene Lernen Standard ist, sieht die AfD Pankow wegen der entstehenden Benachteiligung lernschwächerer Schüler kritisch.

Die Verantwortung für die Erziehung der Kinder liegt bei den Eltern. Eltern dürfen nicht aus der Pflicht genommen werden. Im Sinne der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft sind Eltern einzubeziehen. Die AfD Pankow fordert für den Bezirk das Pilotprojekt „Eltern-Aktiv-Schule“ umzusetzen, um das Bildungsinteresse und die Ausübung der elterlichen Verantwortung zu stärken.

Einige Bezirke, darunter auch Pankow, haben sich entschieden, die Schulreinigung wieder in die eigene Hand zu nehmen. Doch passiert ist bislang wenig. Oft verweisen Bezirke auf die Zuständigkeit des Lands und umgekehrt. Die AfD Pankow wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, die notwendige Verbesserung der Schulreinigung endlich umzusetzen.

6.6 Bezirkliche Kulturarbeit stärken

Die AfD setzt sich dafür ein, die bezirkliche Kulturarbeit zu stärken. Wir brauchen nicht nur kulturelle Leuchttürme in Berlin-Mitte, sondern dezentrale Kulturangebote.

In Pankow gibt es eine Bandbreite kultureller Einrichtungen, u. a. Theater, Musikschulen, Kinos, Stadtteilbibliotheken, Volkshochschulen, Museen, Kulturzentren und Vereine. Diese tragen wesentlich zur Lebensqualität in unserem Bezirk bei.

Bei den Bibliotheken und anderen Kultureinrichtungen besteht ein Sanierungsstau, der behoben werden muss. Dazu ist eine entsprechende Personalausstattung im Fachbereich Hochbau im Bezirksamt notwendig. Alternativ muss das Land um Amtshilfe ersucht werden. Sonst drohen durch mangelnde Personalausstattung Verzögerungen bei Bauprojekten.

Investitionen für Bibliotheken, für den Medienerwerb, für Sanierung, Digitalisierung, Fortbildung und Weiterentwicklung unterstützt die AfD Pankow ausdrücklich. Die Medienbeschaffung in den Bibliotheken sollte gemäß den Bedürfnissen der Bürger vor Ort erfolgen und nicht an externe Dienstleister abgegeben werden.

Neben den Musikschulen besteht auch bei den Volkshochschulen ein Bedarf, die finanzielle Situation der Lehrkräfte zu verbessern.

7. Gesundheit und Sport

7.1 Öffentlicher Gesundheitsdienst

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) verzeichnet gegenwärtig einen quantitativen Anstieg der Aufgaben sowie eine Erhöhung der qualitativen Anforderungen. Nicht nur die steigende Einwohnerzahl Berlins, auch die Veränderung der soziodemografischen Struktur und gesundheitspolitische Reformen stellen die öffentliche Gesundheitsplanung vor neue Herausforderungen.

Ein Negativbeispiel für die Fehlplanung ist die unzureichende Kontrolle des Infektionsschutzgesetzes. Dazu kommen Missstände beim Sozialpsychiatrischen Dienst (SPDi) sowie bei der Durchführung der vielfältigen Aufgaben rund um das Kindeswohl. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass der Berliner Senat nach wie vor keine personelle Mindestausstattung in den Gesundheitsämtern sicherstellen kann.

Der ÖGD muss endlich wieder in die Lage versetzt werden, seinen originären Aufgaben vollumfänglich nachkommen zu können, dazu zählen Prävention, Gesundheitsförderung und -schutz der Berliner Bevölkerung. Hier gilt es unverzüglich eine langfristige Lösung zur schnelleren Gewinnung und Bindung von medizinischem Fachpersonal zu finden.

Bereits vor über zehn Jahren sollte bundesweit die Software DEMIS für Gesundheitsämter eingeführt werden, was jedoch nicht geschah. Erst durch die Coronakrise wurde dieser Mangel offensichtlich. Nun gilt es, die Digitalisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes voranzutreiben und auszubauen.

7.2 Sport und Bewegung für Jung und Alt

Viele Menschen in Pankow treiben Sport in Vereinen und Schulen, aber auch in selbst organisierten Gruppen. Die AfD Pankow setzt sich für die Unterstützung aller Arten sportlicher Aktivitäten ein. Dies umfasst neben der Unterstützung von Sportvereinen und Schulsport auch freie Sportangebote, z. B. durch Öffnung staatlich geförderter Sportanlagen für eine größere Allgemeinheit, soweit diese nicht von Schulen und Vereinen genutzt werden.

Die Sportentwicklungsplanung soll eine niedrigschwellige Bewegungsförderung für Jung und Alt ermöglichen. Die Pankower, Junge und Alte, brauchen Möglichkeiten, unabhängig vom Einkommen eine regelmäßige sportliche Betätigung finden zu können. Die Verbesserung der Sportinfrastruktur ist von herausragender Bedeutung. Es ist Aufgabe des Bezirks, Zahl und Zustand aller Sportanlagen in einem Sportstättenkataster zu erfassen. Auf Grundlage dieses fachlichen Sportstättenkatasters ist ein Investitions- und Erneuerungsbedarfs zu erstellen, der aktuelle und zukünftige Sanierungs- und Modernisierungskosten ausweist. Zu einem Sanierungstau darf es nicht kommen. Auch die Bereitstellung von Schwimmflächen, die derzeit ein Problem darstellt, muss gewährleistet werden.

Gerade in den bevölkerungsreichen Regionen des Bezirks muss das Angebot an Sportflächen gestärkt werden. Die AfD Pankow wendet sich entschieden gegen die Aufgabe von Sportflächen. Angebote für Sport und Bewegung müssen transparenter werden, durch eine App und die Einführung eines Kiezsportlotsen. Das Projekt „BIB – Kommunale Bewegungsförderung für Ältere im Bezirk Pankow“ soll mit dem Verein Qualitätsverbund Netzwerk im Alter (QVNIA) fortgesetzt werden. Die AfD Pankow setzt sich dafür ein, die notwendigen Mittel für Bewegungsangebote für Senioren bereitzustellen.

8. Umwelt und Naturschutz

8.1 Umweltschutz und Grünflächen

Umweltschutz ist ein konservatives Anliegen. In einer Großstadt wie Berlin sind Grünflächen umso wichtiger, je höher die Einwohnerzahl steigt. Sowohl die Parks im Innenstadtbereich als auch die Natur- und Landschaftsschutzgebiete am Stadtrand werden zur Erholung dringend benötigt. Leider lässt sich jedoch eine zunehmende Übernutzung und Verunreinigung beobachten. Dem gilt es entgegenzutreten. Dazu will die AfD eine Reihe von Maßnahmen umsetzen.

In den Natur- und Landschaftsschutzgebieten am Stadtrand sollen endlich ausreichend Müllbehälter aufgestellt sowie Bänke und Informationstafeln erneuert, repariert und von Aufklebern und Graffiti gereinigt werden. Die Zahl der sogenannten Stadtnaturranger (zuständig für Natur- und Landschaftsschutzgebiete) und Parkläufer (zuständig für Parks) möchten wir aufstocken und mit mehr Kompetenzen ausstatten, konkret: mit Eingriffs- und Ahndungsmöglichkeiten. Dazu sollen die Kompetenzen der vom Senat eingesetzten „Stiftung Naturschutz“ auf den Bezirk übertragen werden. Die seit langem geplante Entwicklung der Arkenberge als Natur- und Freizeitregion soll endlich vollzogen werden, denn die Berliner brauchen dringend weitere Naherholungsgebiete innerhalb der Stadtgrenzen.

Sowohl am Stadtrand als auch in innerstädtischen Regionen stellt die Ausbreitung des Götterbaums und anderer invasiver Arten ein zunehmendes Problem dar, das vehement bekämpft werden muss, wenn einheimische Arten nicht weiter verdrängt werden sollen.

Die AfD Pankow setzt sich dafür ein, das ehrenamtliche Engagement von Bürgern im Bereich der Pflege von Grünflächen, Straßenbäumen, Parks und Plätzen zu stärken. Zu diesem Zweck sind Kiezinitiativen zu fördern.

Insbesondere in den dicht besiedelten Innenstadtgebieten wollen wir mehr Baumpflanzungen und weniger Baumfällungen vornehmen. Abgenutzte Rasenflächen müssen neu ausgesät und in Zukunft besser geschützt und gepflegt werden. Die Sträucher in den Parks sollen regelmäßig geschnitten und die Pflege von Grünflächen allgemein intensiviert und so der Verwahrlosung entgegenwirkt werden. Alle Parkanlagen müssen regelmäßig saniert werden. Der Bürgerpark sollte eingezäunt werden, um nächtlichem Randalieren entgegenzuwirken.

8.2 Sperrmüll

Dem stetig wachsenden Sperrmüllproblem wollen wir durch das Angebot eines Sperrmülltages, an dem Sperrmüll kostenlos an die Straße gestellt werden kann, begegnen.

8.3 Windkraftanlagen

Die Zweckmäßigkeit von Windkraftanlagen ist grundsätzlich infrage zu stellen. Weder ist die Frage der Finanzierung nach dem Herausfallen aus der staatlichen Förderung abschließend geklärt, noch kann eine umweltfreundliche Entsorgung der Materialien nach Beendigung des Betriebes sichergestellt werden. Darüber hinaus stellen die Anlagen laut NABU eine todbringende Gefahr für Fledermäuse, Vögel und Insektenarten dar.

Pankow ist berlinweit der einzige Bezirk mit Windkraftanlagen, derzeit sind es sechs. In der Nähe der Windkraftanlage nahe dem Gelände am Karower Feldgraben sollen neue Wohnsiedlungen entstehen. Windkraftanlagen und Wohnsiedlungen passen nicht zusammen.

Windkraftanlagen sollten – wie in NRW per Gesetz geplant – nur in einem Mindestabstand von 1.000 Metern zur Wohnbebauung errichtet werden. Die AfD Pankow lehnt daher jeden weiteren Bau von Windkraftanlagen in unserem Bezirk ab.

8.4 Klimanotstand in Pankow

Wir fordern die Zurücknahme des ausgerufenen „Klimanotstands“ in Pankow. Dessen Verkündung ist schlicht unseriöse Panikmache.

Die AfD Pankow steht für einen seriösen Umgang mit dem Klimaschutz, aber nicht für einseitige Symbolpolitik. Dass sich das Klima seit Jahrtausenden wandelt, ist eine Tatsache und dass ein Klimawandel das Leben der Menschen berührt, ebenfalls. Daher setzt sich die AfD Pankow für den Klimawandelfolgeschutz in Deutschland und Berlin ein.

8.5 Kleingärten und Stadtgrün

Kleingärten bieten Naherholung und erhöhen die Lebensqualität. Die AfD Pankow fordert, Kleingärten über ein Kleingartengesetz landesweit zu sichern. Schulen, die über keinen eigenen Schulgarten verfügen, sollen eine Kooperation mit Kleingartenanlagen anstreben. Kinder brauchen Grün!

9. Verwaltung und öffentliche Ordnung

9.1 Sicherheit und Ordnung

Öffentliche Sicherheit ist ein elementares Bedürfnis aller. Leider hat sich die Wichtigkeit nicht in der personellen Ausstattung unserer Sicherheits- und Ordnungsbehörden niedergeschlagen. Die mangelnde Präsenz der Ordnungshüter führt zu einer Herabsetzung der Gewaltschwelle, da nur selten Ahndung droht. Dies muss sich ändern. Die heutigen technischen Möglichkeiten sind dabei intensiv hinzuziehen. Videoüberwachung an sogenannten Hotspots ist ein erster Schritt zur Erhöhung des Sicherheitsempfindens der Menschen.

9.2 Parkraumbewirtschaftung

Parkraumbewirtschaftung sollte in erster Linie verkehrslenkenden Charakter haben und nicht der „Abzocke des Autofahrers“ dienen. Gerade dort, wo tagsüber hoher Parkdruck besteht, ist über die Einführung der Bewirtschaftung weiterhin nachzudenken, dabei sind auch die „sanfteren“ Möglichkeiten, wie die Einführung einer Parkscheibenregelung in die Betrachtung einzubeziehen. Die Parkraumbewirtschaftungsgebiete in Pankow umfassen heute fast den gesamten Bereich innerhalb des S-Bahn-Rings. Kritisch zu prüfen sind die vorhandenen Zonen „Grüne Stadt“, „Humannkiez“ und „Bornholm“ hinsichtlich ihrer Geltungsdauer bis 24:00 Uhr. Hier ist eine Verkürzung bis 20:00 Uhr sinnvoll und umsetzbar.

Die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung im Bereich der Wohnstadt Carl Legien-Siedlung ist nicht nachvollziehbar und abzulehnen. Die Anfangsinvestitionen und laufenden Kosten können nicht durch die erwarteten Einnahmen gedeckt werden und wären damit für den Bezirk ein weiteres finanzielles Risiko.

9.3 Entschieden gegen illegales Sprayen

Illegales Sprayen und insbesondere das „Tagging“ sind kein Ausdruck von Kreativität, sondern schlicht Sachbeschädigung. Diese Tags, also Signaturkürzel, mittlerweile in Pankow an fast jeder Wand, an Haustüren und Fenstern, an Denkmälern etc. zu finden, haben mit Kunst nichts zu tun. Die AfD Pankow fordert ein entschiedenes Vorgehen gegen illegales Sprayen und „Tagging“. Das legale Sprayen an dafür vorgesehenen Stellen, ist für die AfD Pankow als Kunstform unproblematisch.

9.4 „Gender Mainstreaming“ in der Pankower Politik und Verwaltung

Die Verwendung der so bezeichneten gendergerechten Sprache in der Pankower Verwaltung und den Ämtern lehnt die AfD Pankow ab. Für uns gelten bindend die Regeln der deutschen Rechtschreibung und der deutschen Sprache. Diese dürfen nicht einfach per ideologisch geprägtem Dekret beliebig verändert werden.

9.5 Personalentwicklung

Die Erfahrungen mit der Berliner Verwaltung sind selten wirklich positiv. Es kommt zu langen Wartezeiten, der Anrufbeantworter meldet sich oder es gibt gar keine Reaktion. Die Mitarbeiter der Verwaltung sind hoch motiviert, doch die Prioritätensetzungen etablierter Politik lassen dies verpuffen. Nach Jahrzehnten des Personalabbaus wurden in den letzten fünf Jahren zahlreiche neue Stellen geschaffen, leider nicht da, wo sie am nötigsten gebraucht werden: in Bürgerämtern, in den bauenden und planenden Bereichen oder in den Ordnungsbehörden.

Dem Serviceanspruch des Landes Berlin kommt man nicht damit nach, die Bereiche der Bürgermeister mit einer Vielzahl von Beauftragten aufzublähen. Die Verschlankung der Bezirksämter wurde mit der Entscheidung, einen sechsten Stadtrat zu installieren, ad absurdum geführt. Die kommende Wahlperiode wird Prüfstein sein, inwieweit diese Entscheidung notwendig war.

Pankow. **Aber normal.**

Beschlossen auf dem 12. Bezirksparteitag der
AfD Berlin-Pankow am 3. August 2021

Alternative für Deutschland,
Bezirksverband Berlin-Pankow
Alt Blankenburg 12A, 13129 Berlin



Berlin
Pankow